

No. 47818

**Germany
and
Austria**

Treaty between the Republic of Austria and the Federal Republic of Germany on the common State frontier (with annexes and maps). Vienna, 29 February 1972

Entry into force: *1 October 1975 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 36*

Authentic text: *German*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 1 September 2010*

**Allemagne
et
Autriche**

Traité entre la République d'Autriche et la République fédérale d'Allemagne sur la frontière commune entre les deux États (avec annexes et cartes). Vienne, 29 février 1972

Entrée en vigueur : *1^{er} octobre 1975 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 36*

Texte authentique : *allemand*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 1^{er} septembre 2010*

**Vertrag
zwischen der Republik Österreich und der
Bundesrepublik Deutschland über die gemein-
same Staatsgrenze**

Der Bundespräsident der Republik Österreich
und

der Präsident der Bundesrepublik Deutschland

vom Wunsche geleitet, die Grenze zwischen den beiden Staaten sichtbar zu erhalten und die damit im Zusammenhang stehenden Fragen zu regeln, sind übereingekommen, zu diesem Zweck einen Vertrag abzuschließen.

Sie haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Bundespräsident der Republik Österreich
den Bundesminister für Auswärtige Angelegen-
heiten

Dr. Rudolf Kirchschläger

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
den 20. und bev. Botschafter Dr. Hans Schirmer
die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger
Form befundenen Vollmachten folgendes ver-
einbart haben:

ABSCHNITT I

Verlauf der Staatsgrenze

Artikel 1

(1) Die Staatsgrenze zwischen der Republik
Österreich und der Bundesrepublik Deutschland
ist in acht Grenzabschnitte geteilt, die sich
erstrecken:

Grenzabschnitt „Dreieckmark—Dandlbachmün-
dung“:

Sektion I: vom Dreiländergrennzeichen nächst
dem Plöckenstein (Dreieckmark) bis zur
Wasserscheide bei Hinterschiffel/Kohlstatt;

Sektion II: von der Wasserscheide bei Hinterschiffel/Kohlstatt bis zur Einmündung des Osterbaches in den Rannafluß bei Oberkappel;

Sektion III: von der Einmündung des Osterbaches in den Rannafluß bei Oberkappel bis zur Einmündung des Dandlbaches in die Donau;

Grenzabschnitt „Donau“:

von der Einmündung des Dandlbaches in die Donau donauaufwärts bis zum Kräutelstein an der Donau;

Grenzabschnitt „Innwinkel“:

vom Kräutelstein an der Donau über Haibach bis zum Bergkeller am Inn;

Grenzabschnitt „Inn“:

vom Bergkeller am Inn innaufwärts bis zur Einmündung der Salzach in den Inn;

Grenzabschnitt „Salzach“:

von der Einmündung der Salzach in den Inn salzachaufwärts bis zur Einmündung der Saalach in die Salzach;

Grenzabschnitt „Saalach“:

von der Einmündung der Saalach in die Salzach saalachaufwärts bis zum Schnitt mit der Geraden zwischen den Grenzrichtungssteinen B 1 und KKO 1;

Grenzabschnitt „Saalach—Scheibelberg“:

von diesem Schnittpunkt bis zum Scheibelberg;

Grenzabschnitt „Scheibelberg—Bodensee“:

Sektion I: vom Scheibelberg bis zum Abstoß der trockenen Grenze vom Inn an der Straße Kufstein—Kiefersfelden;

Sektion II: von diesem Abstoß bis zur Mitte des Lech beim Entenstein;

Sektion III: von diesem Punkt im Lech bis zur Einmündung der Leiblach in den Bodensee.

(2) Die Staatsgrenze im Bodensee wird durch diesen Vertrag nicht berührt.

Artikel 2¹

(1) Der Verlauf der Staatsgrenze wird bestimmt:

1. im Grenzabschnitt „Donau“ durch die Beschreibung der Staatsgrenze mit Koordinatenverzeichnis (Anlage 1) und die Grenzkarte im Maßstab 1 : 2500 (Anlage 2 — zehn Kartenblätter);
2. im Grenzabschnitt „Innwinkel“ durch die Beschreibung der Staatsgrenze mit Koordinatenverzeichnis (Anlage 3) und die Grenzkarte im Maßstab 1 : 1000 (Anlage 4 — vierzehn Kartenblätter);

¹ For the maps and annexes, reproduced only in the authentic German language, see CD-Rom in a pocket at the end of the volume.

3. im Grenzabschnitt „Inn“ durch die Beschreibung der Staatsgrenze mit Koordinatenverzeichnis (Anlage 5) und die Grenzkarte im Maßstab 1 : 10.000 (Anlage 6 — neun Kartenblätter);
4. im Grenzabschnitt „Salzach“
 - a) von der Einmündung der Salzach in den Inn salzachaufwärts bis zum Grenzrichtungssteinpaar Nr. 45 durch die Beschreibung der Staatsgrenze mit Koordinatenverzeichnis (Anlage 7) und die Grenzkarte im Maßstab 1 : 5000 (Anlage 8 — vier Kartenblätter);
 - b) vom Grenzrichtungssteinpaar Nr. 45 bis zum Grenzrichtungssteinpaar Nr. 44 durch die Mitte des Wasserlaufes;
 - c) vom Grenzrichtungssteinpaar Nr. 44 bis zur Einmündung der Saalach durch die Mitte des regulierten Flußbettes;
5. im Grenzabschnitt „Saalach“ durch die Beschreibung der Staatsgrenze mit Koordinatenverzeichnis (Anlage 9) und die Grenzkarte im Maßstab 1 : 2500 (Anlage 10 — neun Kartenblätter);
6. im Grenzabschnitt „Saalach—Scheibelberg“ durch die Beschreibung der Staatsgrenze mit Koordinatenverzeichnis (Anlage 11) und die Grenzkarte im Maßstab 1 : 5000 (Anlage 12 — vierundfünfzig Kartenblätter);

(2) Die Vertragsstaaten sehen vor,

1. für den Grenzabschnitt „Dreieckmark—Dandlbachmündung“ die hinsichtlich des Verlaufes der Staatsgrenze geltende Regelung durch einen neuen Vertrag zu ersetzen, dem ein für diesen Grenzabschnitt noch zu erstellendes Grenzurkundenwerk beizugeben ist,
2. für die Teile des Grenzabschnittes „Salzach“ vom Grenzrichtungssteinpaar Nr. 45 bis zum Grenzrichtungssteinpaar Nr. 44 und von dort bis zur Einmündung der Saalach ein Grenzurkundenwerk einvernehmlich zu erstellen,
3. für den Grenzabschnitt „Scheibelberg—Bodensee“ das geltende Grenzurkundenwerk einvernehmlich zu erneuern.

(3) Die im Absatz 1 erwähnten Beschreibungen der Staatsgrenze mit Koordinatenverzeichnissen und Grenzkarten, die nach dem geltenden Grenzverlauf zu erstellen waren, bilden als Grenzurkundenwerke Bestandteile dieses Vertrages.

Artikel 3

(1) „Mitte des Wasserlaufes“ im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Ziffer 4 Buchstabe b und des Artikels 4 Absatz 3 Satz 1 ist eine ausgeglichene, fortlaufende Linie, die von beiden Uferrändern des Wasserlaufes, bei dessen Verästelung von beiden Uferrändern des Hauptarmes, gleich weit

entfernt ist. Als Hauptarm gilt der Arm des Wasserlaufes, der bei Mittelwasser die größte Durchlaufmenge aufweist. Läßt sich der Uferrand eines nicht regulierten Ufers nicht sicher erkennen, so gilt als Uferrand die Begrenzungslinie des Ufergeländes mit ständiger Vegetation. Ist ständige Vegetation nicht vorhanden, so gilt als Uferrand die Benetzungslinie bei Mittelwasser. Ist auch diese nicht feststellbar, so bestimmt sich der Uferrand nach sonstigen natürlichen Merkmalen (Uferböschung, Hangfüßen und dergleichen). Ist nur eines der beiden Ufer reguliert, so ist der Uferrand am regulierten Ufer in der horizontalen Höhe des Uferrandes des nicht regulierten Ufers anzunehmen. Bei beiderseits regulierten Ufern gelten die flußseitigen oberen Baukanten der Ufer als Uferränder.

(2) „Mitte des regulierten Flußbettes“ im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Ziffer 4 Buchstabe c ist eine ausgeglichene fortlaufende Linie, die von den flußseitigen oberen Baukanten der Ufer gleich weit entfernt ist.

Artikel 4

(1) In den Grenzabschnitten „Donau“, „Inn“ und in dem im Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 4 Buchstabe a erwähnten Teil des Grenzabschnittes „Salzach“ sowie im Grenzabschnitt „Saalach“ ist die Staatsgrenze unbeweglich und durch die in den Grenzurkundenwerken enthaltenen Darstellungen und Beschreibungen ohne Rücksicht auf spätere Veränderungen der Gewässer endgültig bestimmt. Gleiches gilt für die Staatsgrenze in den Grenzabschnitten „Innwinkel“ und „Saalach—Scheibelberg“, soweit sie dort in Gewässern verläuft.

(2) Im Teil des Grenzabschnittes „Salzach“ vom Grenzrichtungssteinpaar Nr. 44 bis zur Einmündung der Saalach ist die Staatsgrenze ohne Rücksicht auf spätere Veränderungen der nach Artikel 3 Absatz 2 maßgeblichen Baukanten unbeweglich.

(3) Soweit in den Grenzabschnitten „Dreieckmark—Dandlbachmündung“ und „Scheibelberg—Bodensee“ die Staatsgrenze durch die Mitte eines Wasserlaufes bestimmt wird, folgt sie dieser bei allmählichen natürlichen Veränderungen des Wasserlaufes. Gleiches gilt für den Teil des Grenzabschnittes „Salzach“ zwischen den Grenzrichtungssteinpaaren Nr. 45 und Nr. 44.

Artikel 5

(1) Durch die Staatsgrenze werden die Hoheitsgebiete der beiden Vertragsstaaten sowohl auf der Erdoberfläche als auch in lotrechter Richtung im Luftraum und unter der Erdoberfläche voneinander abgegrenzt.

(2) Dieser Grundsatz gilt insbesondere für den Grenzverlauf in oberirdischen und unterirdischen Bauten und Anlagen jeder Art.

Artikel 6

(1) Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, Gewässer, in denen die Staatsgrenze verläuft, soweit wesentliche wasserwirtschaftliche Interessen nicht entgegenstehen, nach Möglichkeit in der Lage zu erhalten, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrages gegeben ist.

(2) Unbeschadet der Verpflichtung nach Absatz 1 wird die gemeinsame Nutzung dieser Gewässer durch beide Vertragsstaaten nicht berührt.

ABSCHNITT II

Vermessung und Vermarkung der Staatsgrenze

Artikel 7

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, durch Vermessung und Vermarkung der Staatsgrenze dafür zu sorgen, daß der Grenzverlauf stets deutlich erkennbar und gesichert bleibt. Sie verpflichten sich, die zu diesem Zweck notwendigen Grenzzeichen nach Maßgabe dieses Vertrages instandzuhalten und erforderlichenfalls zu erneuern.

Artikel 8

(1) Jeder Vertragsstaat stellt für die Vermessung und Vermarkung auf seine Kosten die erforderlichen Vermessungsfachleute und das vermessungstechnische Hilfspersonal zur Verfügung.

(2) Unbeschadet der Bestimmungen der Absätze 1 und 3 und des Artikels 9 stellen die Arbeitskräfte, die neben dem vermessungstechnischen Hilfspersonal noch benötigt werden, sowie die erforderlichen Materialien, Fahrzeuge und Geräte (Maschinen, Werkzeuge, Vermessungsgeräte und dergleichen) auf eigene Kosten zur Verfügung:

die Republik Österreich für

- den Grenzabschnitt „Dreieckmark—Dandlbachmündung“,
- den Grenzabschnitt „Donau“ ohne das linke Ufer der Donau,
- das rechte Ufer des Inns im Grenzabschnitt „Inn“,
- das rechte Ufer der Salzach im Grenzabschnitt „Salzach“,
- den Grenzabschnitt „Saalach“ ohne das linke Ufer der Saalach,
- den zwischen der Saalach und dem Grenzpunkt Nr. $\frac{132}{1}$ (einschließlich) auf dem Hohen Göll liegenden Teil des Grenzabschnittes „Saalach—Scheibelberg“ und die Sektionen I und II des Grenzabschnittes „Scheibelberg—Bodensee“;

die Bundesrepublik Deutschland für .

das linke Ufer der Donau im Grenzabschnitt „Donau“,
den Grenzabschnitt „Innwinkel“,
den Grenzabschnitt „Inn“ ohne das rechte Ufer des Inns,
den Grenzabschnitt „Salzach“ ohne das rechte Ufer der Salzach,
das linke Ufer der Saalach im Grenzabschnitt „Saalach“,
den zwischen dem Grenzpunkt Nr. $\frac{132}{1}$ (ausschließlich) auf dem Hohen Göll und dem Scheibelberg liegenden Teil des Grenzabschnittes „Saalach—Scheibelberg“ und die Sektion III des Grenzabschnittes „Scheibelberg—Bodensee“.

(3) Von der Regelung des Absatzes 2 kann einvernehmlich abgegangen werden, wenn dies aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit erforderlich ist. Hierbei ist ein Ausgleich der beiderseitigen Leistungen anzustreben.

Artikel 9

(1) Hat ein Staatsangehöriger eines der beiden Vertragsstaaten ein Grenzzeichen beschädigt oder vernichtet, so trägt dieser Vertragsstaat, ungeachtet einer etwaigen Haftung des Schädigers oder eines anderen Dritten, die gesamten Kosten der Instandsetzung oder der Erneuerung. Soweit der nach Satz 1 zur Kostentragung verpflichtete Vertragsstaat Zahlungen für die Instandsetzung oder die Erneuerung des Grenzzeichens leistet, gehen Ansprüche, die dem anderen Vertragsstaat wegen der Beschädigung oder der Vernichtung des Grenzzeichens gegen den Schädiger oder einen anderen Dritten zustehen, auf ihn über.

(2) Werden Vermarktungs- oder Vermessungsarbeiten infolge baulicher Arbeiten notwendig, so stehen den Vertragsstaaten Ersatzansprüche gegen den Bauherrn zu, soweit nicht ein anderer Dritter innerstaatlich zur Kostentragung verpflichtet ist.

Artikel 10

(1) Die Vertragsstaaten werden alle zehn Jahre gemeinsam die Grenzzeichen überprüfen und die Behebung der festgestellten Mängel veranlassen.

(2) Mit der ersten gemeinsamen Überprüfung der Grenzzeichen soll spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Vertrages begonnen werden.

Artikel 11

(1) Wenn es die deutliche Erkennbarkeit der Staatsgrenze erfordert, werden auch außerhalb der gemeinsamen periodischen Überprüfungen

der Grenzzeichen die entsprechenden Vermessungs- und Vermarktungsmaßnahmen getroffen werden.

(2) Behauptet ein Vertragsstaat, daß ein Grenzzeichen versetzt worden ist, so werden die Vertragsstaaten auch außerhalb der gemeinsamen periodischen Überprüfungen die Lage dieses Grenzzeichens überprüfen und erforderlichenfalls das Grenzzeichen auf die richtige Stelle setzen.

(3) Hat ein Wasserlauf, in dem oder in dessen Nähe die Staatsgrenze verläuft, seine Lage wesentlich verändert, so kann jeder Vertragsstaat verlangen, daß der örtliche Grenzverlauf in dieser Strecke neu festgelegt und in Niederschriften und Feldskizzen beschrieben wird.

Artikel 12

(1) Die Eigentümer von Grundstücken, ober- und unterirdischen Bauten und Anlagen, die an oder in der Nähe der Staatsgrenze liegen, und die an solchen Grundstücken, Bauten und Anlagen sonst Nutzungsberechtigten sind verpflichtet, die zur Vermessung und Vermarktung erforderlichen Arbeiten und Maßnahmen, insbesondere das Setzen oder das Anbringen von Grenz- und von Vermessungszeichen, zu dulden.

(2) Die Vermessungs- und Vermarktungsarbeiten sind unter möglicher Schonung bestehender öffentlicher und privater Interessen vorzunehmen. Die nach Absatz 1 Verpflichteten sind über den Beginn der Arbeiten rechtzeitig zu unterrichten.

(3) Entschädigungsansprüche der im Absatz 1 genannten Personen richten sich nach dem Recht des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Grundstücke, Bauten und Anlagen liegen. Entschädigungsansprüche gegen den anderen Vertragsstaat sind ausgeschlossen.

Artikel 13

Wird es erforderlich, das Dreiländergrenzzeichen nächst dem Plöckenstein (Dreieckmark) zu erneuern, so werden sich die Vertragsstaaten gemeinsam bemühen, das Einvernehmen mit dem beteiligten dritten Staat herzustellen.

Artikel 14

(1) Die für die Vermessung der Staatsgrenze notwendigen Triangulierungs- und Polygonpunkte sind von jenem Vertragsstaat instandzuhalten, auf dessen Hoheitsgebiet sie liegen. Liegt ein solcher Punkt auf der Staatsgrenze, so gilt für die Instandhaltung die Regelung des Artikels 8.

(2) Wenn ein für die Vermessung der Staatsgrenze notwendiger Triangulierungs- oder Polygonpunkt erstmals von einem Vertragsstaat bestimmt wurde, der nach Absatz 1 nicht zu seiner

Instandhaltung verpflichtet ist, werden die für die Instandhaltung erforderlichen Vermessungsunterlagen dem anderen Vertragsstaat zur Verfügung gestellt.

(3) Die für die Vermessung der Staatsgrenze notwendigen Triangulierungs- und Polygonpunkte dürfen im gleichen Maße von den Personen benützt werden, die von den Vertragsstaaten mit der Sichtbarerhaltung der Staatsgrenze betraut sind.

ABSCHNITT III

Schutz der Grenzzeichen und Erhaltung ihrer Sichtbarkeit

Artikel 15

Die Vertragsstaaten werden durch geeignete Maßnahmen die Grenzzeichen, die Vermessungsmarken und die sonstigen der Bezeichnung der Staatsgrenze dienenden Einrichtungen gegen Verlegung, Zerstörung, Beschädigung und zweckwidrige Benützung schützen.

Artikel 16

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß beiderseits des trockenen Teiles der Staatsgrenze ein Streifen von 1 m Breite und um jedes neben die Staatsgrenze gesetzte Grenzzeichen (indirekte Vermarkung) ein Kreis mit dem Radius von 1 m von Bäumen und Sträuchern freigehalten wird; dies gilt auch für andere Pflanzen, die die Sichtbarkeit der Grenzzeichen beeinträchtigen. Diese Bestimmung findet auf Bann- und Schutzwälder keine Anwendung.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können in besonderen Fällen Ausnahmen vom Absatz 1 zulassen, wenn und solange dadurch die Erkennbarkeit der Staatsgrenze nicht beeinträchtigt wird. Vor einer solchen Entscheidung ist die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaates zu hören; zu diesem Zweck können die Behörden unmittelbar miteinander in Verbindung treten.

(3) Die Eigentümer und sonstigen Nutzungsberechtigten der an der Staatsgrenze liegenden Grundstücke sind verpflichtet, den Zugang zu den im Absatz 1 erwähnten Gebietsteilen nicht zu behindern.

(4) Entschädigungsansprüche auf Grund von Maßnahmen nach Absatz 1 richten sich nach dem Recht des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Grundstücke liegen. Entschädigungsansprüche gegen den anderen Vertragsstaat sind ausgeschlossen.

Artikel 17

(1) Auf den im Artikel 16 Absatz 1 erwähnten Gebietsteilen dürfen künftig keinerlei Bauten,

Einfriedungen oder sonstige Anlagen errichtet werden. Dies gilt nicht für Anlagen, die dem öffentlichen Verkehr, der Grenzabfertigung oder der Grenzüberwachung dienen, sowie für Leitungen aller Art, die die Staatsgrenze in einem Winkelbereich zwischen 45° und 135° schneiden.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können, unbeschadet der Regelung des Artikels 9 Absatz 2, in besonderen Fällen weitere Ausnahmen vom Absatz 1 Satz 1 zulassen, wenn und solange dadurch die Erkennbarkeit der Staatsgrenze nicht beeinträchtigt wird. Vor einer solchen Entscheidung ist die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaates anzuhören; zu diesem Zweck können die zuständigen Behörden unmittelbar miteinander in Verbindung treten.

Artikel 18

Auf der Staatsgrenze dürfen künftig Eigentumsgrenzzeichen nicht errichtet werden. Bei anstoßenden Eigentumsgrenzen dürfen Eigentumsgrenzzeichen nur so gesetzt werden, daß sie mindestens 3 m von der Staatsgrenze entfernt sind.

ABSCHNITT IV Grenzkommision

Artikel 19

(1) Die Vertragsstaaten bestellen zur Durchführung der in Artikel 7, Artikel 10 Absatz 1 und Artikel 11 erwähnten Aufgaben eine ständige gemischte Grenzkommision (im folgenden Kommission genannt).

- (2) Die Kommission hat insbesondere
1. die Grenzzeichen auf ihre richtige Lage zu überprüfen und gegebenenfalls auf ihre richtige Stelle zu setzen;
 2. schiefstehende oder eingesunkene Grenzzeichen aufzurichten oder zu heben;
 3. die Bezeichnung der einzelnen Grenzzeichen erkennbar zu erhalten;
 4. beschädigte Grenzzeichen instanzzusetzen oder zu erneuern;
 5. fehlende Grenzzeichen durch neue zu ersetzen;
 6. bei nicht genügend sichtbarem Verlauf der Staatsgrenze zusätzliche Grenzzeichen zu setzen;
 7. wo notwendig oder zweckmäßig, die direkte Vermarkung der Staatsgrenze in eine indirekte umzuändern und umgekehrt;
 8. gefährdete Grenzzeichen auf sichere Stellen zu versetzen;
 9. den Verlauf der Staatsgrenze auf Brücken, in Tunneln und an Stellen, wo die Staatsgrenze Eisenbahnbrücken oder Straßen schneidet,

sowie bei Bedarf bei Bergbauen und an sonstigen Bauten und Anlagen zu vermarken.

(3) Die Kommission ist nicht ermächtigt, den Verlauf der Staatsgrenze zu ändern.

Artikel 20

(1) Die Kommission besteht aus einem Bevollmächtigten der Republik Österreich und einem Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland. Jeder Vertragsstaat kann weitere Delegierte entsenden. Die Gesamtzahl der Mitglieder jeder Delegation darf sieben nicht überschreiten. Jeder Vertragsstaat benennt dem anderen Vertragsstaat seinen Bevollmächtigten und dessen Stellvertreter sowie die weiteren Delegierten und deren Stellvertreter. Bei Bedarf können von jeder Delegation Experten und Hilfskräfte beigezogen werden.

(2) Die beiden Bevollmächtigten sind berechtigt, unmittelbar miteinander in Verbindung zu treten.

(3) Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seiner Delegation einschließlich der Kosten der von ihm beigezogenen Experten und Hilfskräfte. Sonstige im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Kommission entstehende Kosten werden, soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt oder die Kommission nichts anderes beschließt, von den Vertragsstaaten je zur Hälfte getragen.

Artikel 21

(1) Die Kommission trifft ihre Entscheidungen in Form von Beschlüssen. Zu einem Beschluß ist die Übereinstimmung der beiden Bevollmächtigten erforderlich. Beschlüsse der Kommission werden verbindlich, sobald die Bevollmächtigten schriftlich erklärt haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Diese Erklärung soll binnen zwei Monaten erfolgen.

(2) Kann sich die Kommission nicht einigen, so hat sie unter Darlegung des Sachverhaltes und der unterschiedlichen Auffassungen den Regierungen der Vertragsstaaten zu berichten. Die Vertragsstaaten werden bezüglich der strittigen Angelegenheiten eine einvernehmliche Regelung anstreben.

Artikel 22

Die Kommission bildet zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemischte technische Gruppen und bestimmt deren Anzahl und Zusammensetzung nach Umfang und Art der zu erledigenden Arbeiten. Die Zusammensetzung soll paritätisch sein.

Artikel 23

(1) Die Kommission bestimmt den Arbeitsplan sowie die Art der Durchführung der Vermessung

und der Vermarkung der Staatsgrenze; sie trifft auch die Entscheidungen nach Artikel 8 Absatz 3.

(2) Die Kommission ist ermächtigt, soweit notwendig, in bezug auf Form, Ausmaß und Material der Grenzzeichen von den in den Grenzurkundenwerken enthaltenen Angaben abzuweichen.

Artikel 24

(1) Über jede Ergänzung, Änderung oder Erneuerung der Vermarkung der Staatsgrenze oder Feststellung fehlerhafter Vermessungsergebnisse sind Niederschriften in zwei Ausfertigungen aufzunehmen und erforderlichenfalls Feldskizzen anzuschließen.

(2) Niederschriften und Feldskizzen der gemischten technischen Gruppen bedürfen der Genehmigung durch die Kommission.

(3) Die Kommission hat nach Abschluß jeder periodischen Überprüfung der Grenzzeichen die im Absatz 1 erwähnten Maßnahmen und die koordinatenmäßige Neubestimmung unvermarkter Punkte der Staatsgrenze auf zweckentsprechende Weise zusammenfassend festzuhalten. Gleiches gilt für solche Maßnahmen und Neubestimmungen, die zwischen dem 1. Mai 1969 und dem Inkrafttreten dieses Vertrages einvernehmlich durchgeführt worden sind.

(4) Für die Herstellung und die Vervielfältigung der zusätzlichen Feldskizzen sowie für die Tätigkeit der Kommission nach Absatz 3 gilt Artikel 8 Absatz 2 und 3 entsprechend.

Artikel 25

(1) Die Kommission tritt zu Tagungen oder Grenzbesichtigungen zusammen, wenn sie es selbst beschließt oder wenn es einer der Vertragsstaaten im diplomatischen Wege verlangt.

(2) Die Kommission tritt, wenn nicht etwas anderes vereinbart ist, zu ihren Tagungen wechselweise auf dem Hoheitsgebiet eines der beiden Vertragsstaaten zusammen.

Artikel 26

(1) Die Tagungen werden vom Bevollmächtigten des Vertragsstaates geleitet, auf dessen Hoheitsgebiet die Tagung stattfindet. Die Grenzbesichtigungen werden von den Bevollmächtigten einvernehmlich geleitet.

(2) Über jede Tagung und jede Grenzbesichtigung ist eine Niederschrift in zwei Ausfertigungen zu verfassen. Diese sind von den Bevollmächtigten zu unterzeichnen.

Artikel 27

Die in den Artikeln 8 und 20 erwähnten Personen dürfen die Staatsgrenze frei begehen und

überall überschreiten, soweit es zur Ausübung ihrer Tätigkeit erforderlich ist. Sie müssen sich auf Verlangen durch einen mit einem Lichtbild versehenen Dienstausweis oder, wenn sie einen solchen nicht besitzen, durch einen gültigen Reisepaß oder Personalausweis über ihre Person ausweisen. Sie müssen außerdem einen schriftlichen Dienstauftrag ihrer zuständigen Dienststelle mit sich führen und auf Verlangen vorweisen.

Artikel 28

Soweit Aufgaben der Kommission bei Bergbau durchgeföhrt werden, sind die Anordnungen des Betriebsleiters des Bergbaues betreffend die Einhaltung der bergpolizeilichen Vorschriften und Verfügungen zu beachten. Als Vermessungsfachleute, vermessungstechnisches Hilfspersonal und als Arbeitskräfte dürfen nur Personen verwendet werden, die über die besonderen mit ihren Aufgaben oder ihrem Arbeitsbereich im Bergbau verbundenen Gefahren und deren Abwehr unterwiesen worden sind. An Orten mit gesundheitsgefährdender Staubentwicklung und unter Tage dürfen überdies nur Personen verwendet werden, die nach dem Zeugnis eines mit den Arbeitsbedingungen im Bergbau vertrauten Arztes dazu tauglich sind. Es dürfen nur solche Materialien, Fahrzeuge und Geräte benützt werden, die für die Verwendung im Bergbau geeignet sind. Vor Durchführung von Aufgaben bei Bergbau ist die zuständige Bergbehörde zu verständigen.

ABSCHNITT V

Schlußbestimmungen

Artikel 29

Die Entwürfe für die im Artikel 2 Absatz 2 erwähnten Grenzurkundenwerke sind von der Kommission auszuarbeiten. Hierbei ist ein Ausgleich der beiderseitigen Leistungen anzustreben.

Artikel 30

(1) Von Ein- und Ausgangsabgaben befreit sind Materialien, die aus dem Zollgebiet des einen Vertragsstaates in das Zollgebiet des anderen Vertragsstaates verbracht und für Arbeiten im Rahmen dieses Vertrages verwendet werden. Das nicht verbrauchte Material ist in das Zollgebiet des Vertragsstaates, aus dem es eingeföhrt wurde, zurückzubringen.

(2) Unter der Voraussetzung der Wiederausfuhr sind von Ein- und Ausgangsabgaben sowie von der Leistung einer Sicherheit befreit: Fahrzeuge, Werkzeuge, Geräte, Instrumente, Apparate, Maschinen und dergleichen, die aus dem Zollgebiet des einen Vertragsstaates in das Zollgebiet des anderen Vertragsstaates für Arbeiten im Rahmen dieses Vertrages verbracht

werden. Diese Gegenstände sind spätestens innerhalb eines Monats nach Beendigung der Arbeiten in das Zollgebiet des Vertragsstaates, aus dem sie eingeführt wurden, zurückzubringen. Für nicht rückgeführte Waren sind Abgaben zu entrichten, es sei denn, die Rückführung ist wegen völliger Abnutzung oder Untergang der Waren unterblieben.

(3) Ein- und Ausgangsabgaben im Sinne dieses Vertrages sind die Ein- und Ausfuhrzölle sowie alle anderen anlässlich der Wareneinfuhr und der Warenausfuhr zu erhebenden Steuern und Gebühren, jedoch nicht Gebühren für besondere Dienstleistungen. Andere Belastungen, die anlässlich der Wareneinfuhr oder der Warenausfuhr erhoben werden, werden wie Ein- und Ausgangsabgaben behandelt. Die Kraftfahrzeugsteuer, die Beförderungssteuer und die Straßengüterverkehrssteuer sind keine Ein- und Ausgangsabgaben.

(4) Die in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Waren, die im Rahmen dieses Vertrages verwendet werden, sind von Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen befreit.

(5) Die Vertragsstaaten sichern einander alle im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften zulässigen zollrechtlichen Vereinfachungen für die Ein-, Aus- und Durchfuhr der für die Arbeiten im Rahmen dieses Vertrages benötigten Waren zu. Zollamtliche Befunde sind nur auszustellen, wenn dies aus Gründen der Zollüberwachung erforderlich ist.

Artikel 31

(1) Sollten zum Zwecke der Aufsuchung oder der Gewinnung mineralischer Rohstoffe innerhalb eines Streifens von je 50 m beiderseits der Staatsgrenze Arbeiten verrichtet oder innerhalb eines Streifens von 2 km beiderseits der Staatsgrenze Erdöl- oder Erdgaslagerstätten erschlossen oder ausgebeutet werden, so werden die Vertragsstaaten gemeinsam die Maßnahmen treffen, die bei der weiteren Aufsuchung oder Gewinnung zur Sicherung des Grenzverlaufes notwendig sind.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Arbeiten im Rahmen des Betriebes des im Grenzabschnitt Saalach—Scheibelberg liegenden Salzbergbaues am Dürrnberg (Artikel 14 und 15 der Salinenkonvention vom 18. März 1829 in der Fassung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Freistaat Bayern vom 25. März 1957). Von solchen Arbeiten hat die Salinenverwaltung Hallein die Kommission rechtzeitig zu unterrichten.

Artikel 32

(1) Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und die Anwendung dieses Vertrages sollen durch die Regierungen der Vertragsstaaten beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines der beiden Vertragsstaaten einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der Vertragsstaaten zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die im Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist er aus einem anderen Grunde verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten des von ihm bestellten Schiedsrichters sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmannes sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Die Gerichte der beiden Vertragsstaaten werden dem Schiedsgericht auf sein Ersuchen Rechtshilfe hinsichtlich der Ladung und der Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen in entsprechender Anwendung der zwischen den beiden Vertragsstaaten jeweils geltenden Vereinbarungen über die Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen leisten.

Artikel 33

Die Abschnitte I und V mit Ausnahme der Artikel 29, 30 und 31 sind unkündbar. Die übrigen Bestimmungen können nach Ablauf von zehn Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwei Jahren schriftlich gekündigt werden.

Artikel 34

(1) Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages verlieren die mit ihm in Widerspruch stehenden Bestimmungen älterer Verträge, insbesondere

1. des österreichisch-bayerischen Staatsvertrages vom 30. September 1818 über Berichtigung der Grenzen zwischen Österreich und Bayern,
 2. des österreichisch-bayerischen Vertrages vom 24. Dezember 1820, die Richtung der nassen Grenzen an den Flüssen Saale (jetzt: Saalach) und Salzach betreffend,
 3. des österreichisch-bayerischen Grenzberichtigungsvertrages vom 30. Januar 1844 und des Schlußprotokolls vom 16. September 1909 zum Ergänzungsvertrag vom 15. Mai 1909,
 4. des österreichisch-bayerischen Staatsvertrages vom 2. Dezember 1851 über einige Territorial- und Grenzverhältnisse,
 5. des österreichisch-bayerischen Regierungsübereinkommens vom 10. September 1858 über die Regulierung und Behandlung des Innflusses von der Vereinigung mit der Salzach bei Rothenbuch bis zur Ausmündung in die Donau bei Passau,
- ihre Gültigkeit.

(2) Die Vertragsstaaten sind sich darüber einig, daß — vorbehaltlich der Artikel 3 und 4 — durch die im Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Grenzurkundenwerke die bei Inkrafttreten dieses Vertrages geltende Staatsgrenze nicht geändert werden soll. Sofern Abweichungen eines dieser Grenzurkundenwerke von der bei Inkrafttreten dieses Vertrages geltenden Staatsgrenze festgestellt werden, werden die Vertragsstaaten Verhandlungen mit dem Ziel einer entsprechenden Änderung des Grenzurkundenwerkes aufnehmen.

Artikel 35

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Österreich innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 36

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten dem Austausch der Ratifikationsurkunden folgenden Kalendermonats in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die oben erwähnten Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Wien, am 29. Feber 1972, in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Republik Österreich:
Dr. Rudolf Kirchschräger

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Schirmer

[TRANSLATION – TRADUCTION]

TREATY BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY ON THE COMMON STATE FRONTIER

The Federal President of the Republic of Austria and the President of the Federal Republic of Germany,

Desiring to keep the boundary between the two states visible and to resolve issues relating thereto, have agreed to enter into a treaty for that purpose.

They have appointed as their plenipotentiaries:

The President of the Republic of Austria: Mr. Rudolf Kirchschräger, Federal Minister for Foreign Affairs,

The President of the Federal Republic of Germany: Mr. Hans Schirmer, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary,

who, having exchanged their full powers, found in good and due form, have agreed as follows:

SECTION I. COURSE OF THE STATE FRONTIER

Article 1

(1) The State frontier between the Republic of Austria and the Federal Republic of Germany is divided into eight boundary segments, which run:

Boundary segment “Dreieckmark – Dandlbach confluence”:

Section I: from the three-country boundary marker near the Plöckenstein (Dreieckmark) to the watershed near Hinterschiffel/Kohlstatt;

Section II: from the watershed at Hinterschiffel/Kohlstatt to the confluence of the Osterbach and the Ranna near Oberkappel;

Section III: from the confluence of the Osterbach and the Ranna near Oberkappel to the confluence of the Dandl and the Danube;

Boundary segment “Danube”:

From the confluence of the Dandlbach and the Danube, upstream to Kräutelstein on the Danube;

Boundary segment “Innwinkel”:

From Kräutelstein on the Danube above Haibach to Bergkeller on the Inn;

Boundary segment “Inn”:

From Bergkeller on the Inn, upstream to the confluence of the Salzach and the Inn;

Boundary segment “Salzach”:

From the confluence of the Salzach and the Inn, upstream to the confluence of the Saalach and the Salzach;

Boundary segment “Saalach”:

From the confluence of the Saalach and the Salzach, upstream to the intersection with a straight line between boundary stones B 1 and KKÖG 1;

Boundary segment “Saalach – Scheibelberg”:

From this intersection to the Scheibelberg;

Boundary segment “Scheibelberg – Lake Constance”:

Section I: from the Scheibelberg to the point where the land boundary on the Kufstein – Kiefersfelden road strikes the Inn;

Section II: from this point to the midline of the Lech at Entenstein;

Section III: from that point in the Lech to the confluence of the Leiblach into the Lake Constance.

(2) The State frontier in the Lake Constance is not affected by this Treaty.

Article 2¹

(1) The course of the State frontier is determined:

1. In the boundary segment “Danube”, on the basis of the description of the State frontier in the coordinates list (Annex 1) and the 1:2,500 scale boundary map (Annex 2 – ten map sheets);

2. In the boundary segment “Innwinkel”, on the basis of the description of the State frontier in the coordinates list (Annex 3) and the 1:1,000 scale boundary map (Annex 4 – fourteen map sheets);

3. In the boundary segment “Inn”, on the basis of the description of the State frontier in the coordinates list (Annex 5) and the 1:10,000 scale boundary map (Annex 6 – nine map sheets);

4. In the boundary segment “Salzach”:

- a) from the confluence of the Salzach and the Inn upstream to the No. 45 pair of boundary stones, on the basis of the description of the state frontier in the coordinates list (Annex 7) and the 1:5,000 scale boundary map (Annex 8 – four map sheets);
- b) from the No. 45 to the No. 44 pair of boundary stones, along the midline of the waterway;
- c) from the No. 44 pair of boundary stones to the confluence of the Saalach along the midline of the regulated riverbed;

5. In the boundary segment “Saalach”, on the basis of the description of the State frontier in the coordinates list (Annex 9) and the 1:2,500 scale boundary map (Annex 10 – nine map sheets);

¹ For the maps and annexes, reproduced only in the authentic German language, see CD-Rom in a pocket at the end of the volume.

6. In the boundary segment “Saalach – Scheibelberg”, on the basis of the description of the State frontier in the coordinates list (Annex 11) and the 1:5,000 scale boundary map (Annex 12 – fifty-four map sheets);

(2) The States Parties undertake:

1. for the boundary segment “Dreieckmark – Dandlbach confluence”, to replace the existing provision on the course of the State frontier with a new treaty, to be accompanied by boundary documentation yet to be prepared;

2. for the parts of the “Salzach” boundary segment from the No. 45 to the No. 44 pair of boundary stones and from this point to the mouth of the Saalach, to prepare boundary documentation by consensus;

3. for the “Scheibelberg – Lake Constance” boundary segment, to renew the existing boundary documentation by mutual agreement;

(3) The State frontier descriptions referred to in paragraph 1, comprising coordinates lists and boundary maps, shall, inasmuch as they constitute boundary documentation, form part of this Treaty.

Article 3

(1) The “midline of the waterway” referred to in article 2(1)(4)(b) and article 4(3)(1) shall mean a continuous curve-fitted line equidistant from both bank borders of the waterway, ramifying from both bank borders of the main branch. The “main branch” of the waterway shall be the branch having the greatest flow rate at mean water. Where the edge of a non-regulated bank cannot be reliably detected, the bank border shall be taken to be the boundary line of the littoral having permanent vegetation. Where no permanent vegetation is present, the bank border shall be taken to be the waterline at mean water. Where such a waterline is also undetectable, the bank border shall be determined using other natural features (bank slope, footslopes and the like). Where only one of the two banks is regulated, the border of the unregulated bank shall be taken to be at the same height as that of the regulated bank opposite. Where both banks are regulated, the highest point of each bank’s embankment on the river side shall be taken to be its border.

(2) The “midline of the regulated riverbed” referred to in article 2(1)(4)(c) shall mean a continuous curve-fitted line equidistant from the highest points of the two embankments on the river side.

Article 4

(1) In the “Danube” and “Inn” boundary segments, the portion of the “Salzach” boundary segment referred to in article 2(1)(4)(a), and the “Saalach” boundary segment, the State frontier shall be immovable and finally determined by the representations and information contained in the boundary documentation, regardless of any subsequent changes in the waterways. The same applies to the State frontier in the “Innwinkel” and “Saalach – Scheibelberg” boundary segments, insofar as it follows the waterways in those segments.

(2) In the portion of the “Salzach” boundary segment extending from the No. 44 pair of boundary stones to the mouth of the Saalach, the State frontier shall be immovable, regardless of any subsequent changes to the decisive embankment descriptions in article 3(2).

(3) To the extent that, in the “Dreieckmark – Dandlbach confluence” and “Scheibenberg – Lake Constance” boundary segments, the State frontier follows the midline of a waterway, it shall alter with the said waterway’s gradual natural changes. The same applies to the portion of the “Salzach” boundary segment between the No. 45 and No. 44 pairs of boundary stones.

Article 5

(1) The territories of the two States Parties are divided from one another by the State frontier not only on the earth’s surface but also in the vertical direction skyward and underground.

(2) This principle applies, in particular, to the boundary where it runs through aboveground and underground structures and appurtenances of all types.

Article 6

(1) The States Parties shall, insofar as such preservation is not constrained by significant water management interests, preserve waters through which a State frontier runs as nearly as possible in their condition as of the effective date of this Treaty.

(2) Notwithstanding the obligation under paragraph 1, the shared use of such waters by both States Parties shall not be affected.

SECTION II. STATE FRONTIER SURVEYING AND DEMARCATION

Article 7

The States Parties undertake to ensure, by surveying and demarcating the State frontier, that the boundary line always remains clearly discernible and secure. They undertake to maintain the requisite boundary signs for that purpose pursuant to this Treaty and to replace them as necessary.

Article 8

(1) Each State Party shall, at its own expense, make available the necessary surveyors and survey support staff for purposes of surveying and demarcation.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 3 and article 9, the manpower needed in addition to the surveying support staff, as well as the necessary materials, vehicles and equipment (machinery, tools, surveying equipment and the like), shall be provided at its own expense by:

The Republic of Austria for:

The “Dreieckmark – Dandlbach confluence” boundary segment;

The “Danube” boundary segment, exclusive of the left bank of the Danube;

The right bank of the Inn in the “Inn” boundary segment;

The right bank of the Salzach in the “Salzach” boundary segment;

The “Saalach” boundary segment, exclusive of the left bank of the Saalach;

The point of the “Saalach – Scheibelberg” boundary segment between the Saalach and the No. 132/1 boundary point on the Hoher Göll (inclusive) and sections I and II of the “Scheibelberg – Lake Constance” boundary segment;

The Federal Republic of Germany for:

The left bank of the Danube in the “Danube” boundary segment;

The “Innwinkel” boundary segment;

The “Inn” boundary segment, exclusive of the right bank of the Inn;

The “Salzach” boundary segment, exclusive of the right bank of the Salzach;

The left bank of the Saalach in the “Saalach” boundary segment;

The portion of the “Saalach – Scheibelberg” boundary segment between the No.132/1 boundary point on the Hoher Göll and the Scheibelberg (exclusive) and section III of the “Scheibelberg – Lake Constance” boundary segment.

(3) The provisions of paragraph 2 may be waived by mutual agreement if deemed necessary for reasons of economy and expediency. In this context, a balance of mutual services is desirable.

Article 9

(1) Where a national of either State Party has damaged or destroyed a boundary marker, that State Party shall, notwithstanding any liability of the perpetrator or another third party, bear the full cost of its repair or replacement. To the extent that the State Party responsible under sentence 1 above provides for the repair or replacement of the boundary, any claims against the perpetrator or another third party submitted to the other State Party on account of damage to or destruction of a boundary marker shall be transferred to the first-named State Party.

(2) If surveying or demarcation becomes necessary due to structural work, compensation claims against the principal shall be submitted to the States Parties, insofar as the cost is not borne by another third party within the State concerned.

Article 10

(1) The States Parties shall, every ten years, make a joint inspection of the markers and arrange to correct any problems found.

(2) The first joint inspection of the boundary markers shall be undertaken within two years of the entry into force of this Treaty.

Article 11

(1) In addition to the periodic joint inspections of boundary markers, resurveying and redemarcation shall be undertaken as required to ensure that the State frontier remains clearly discernible.

(2) If a State Party claims that a boundary marker has been displaced, the States Parties shall, even outside the period of the periodic joint inspections, verify the location of the said boundary marker and reposition it if necessary.

(3) If a waterway through which or near which the State frontier runs substantially changes its course, either State Party may request that the line of the boundary in that locality be redefined and described in records and field sketches.

Article 12

(1) The owners of land, surface and subsurface structures and appurtenances located on or near the State frontier, as well as holders of rights to use of such land, structures and appurtenances, are obliged to permit the requisite surveying and demarcation work, and in particular the installation or placement of boundary and survey markers.

(2) Surveying and demarcation work shall as far as possible be undertaken so as to prevent any damage to existing public and private interests. The persons mentioned in paragraph 1 shall be notified of the start of work in a timely manner.

(3) Claims for compensation by the persons mentioned in paragraph 1 shall be made pursuant to the law of the State Party in whose territory the said land, structures and appurtenances are located. Compensation claims against the other State Party will not be entertained.

Article 13

Should it become necessary to replace the three-country boundary marker near the Plöckenstein (Dreieckmark), the States Parties shall jointly endeavour to reach an agreement with the third State concerned.

Article 14

(1) The triangulation and traverse stations necessary for the surveying of the State frontier shall be maintained by the State Party in whose territory they are located. If such a station lies on the State frontier, its maintenance shall be governed by article 8.

(2) If a triangulation or traverse station necessary for the surveying of the State frontier has first been designated by a State Party which, under paragraph 1, is not obliged to maintain it, the survey records required for its maintenance shall be provided to the other State Party.

(3) The triangulation or traverse stations necessary for the surveying of the State frontier may equally be used by those persons charged by the States Parties to keep the State frontier discernible.

SECTION III. PROTECTING AND MAINTAINING THE VISIBILITY OF BOUNDARY MARKERS

Article 15

The States Parties shall take appropriate measures to protect boundary and survey markers and other equipment used to mark the State frontier from displacement, destruction, damage or improper use.

Article 16

(1) The States Parties undertake to ensure that a strip 1 meter wide is kept clear on either side of their land boundary and that a circle with a radius of 1 meter is also kept clear of trees and shrubs around each boundary marker placed at the State frontier (indirect marking); this applies equally to such other plants as could affect the visibility of the boundary markers. This provision shall not apply to protected and protective forests.

(2) The States Parties' competent authorities may, in special cases, grant exemptions from paragraph 1, so long as the visibility of the State frontier is not affected thereby. Before such a decision is made, the competent authority of the other State Party shall be consulted; to that end, the authorities may communicate directly with each other.

(3) Owners and other authorized users of land located at the State frontier shall not hinder access to the portions of territory mentioned in paragraph 1.

(4) Claims for compensation based on measures taken under paragraph 1 shall be made pursuant to the law of the State Party in whose territory the properties are located. Compensation claims against the other State Party will not be entertained.

Article 17

(1) In the future, on the land referred to in article 16(1) no buildings, fences or other structures may be erected. This shall not apply to facilities for public transport, frontier clearance or border control, nor to cables of whatever kind that intersect the State frontier at an angle between 45° and 135°.

(2) Notwithstanding the provisions of article 9(2), the States Parties' competent authorities may, in special cases, grant additional exemptions to paragraph 1(1), so long as the visibility of the State frontier is not affected thereby. Before such a decision is made, the competent authority of the other State Party shall be consulted; to that end, the competent authorities may communicate directly with each other.

Article 18

In the future, property boundary signs may not be erected at the State frontier. In the case of adjoining property lines, property boundary signs may only be so placed that they are at least 3 meter away from the State frontier.

SECTION IV. FRONTIER COMMISSION

Article 19

(1) The States Parties hereby appoint, to discharge the duties and responsibilities referred to in article 7, article 10(1) and article 11, a Permanent Joint Frontier Commission (hereinafter referred to as “the Commission”).

(2) The Commission shall, in particular:

1. Verify that boundary markers are correctly placed and, where appropriate, to reposition them;
2. Straighten or lift crooked or sunken boundary markers;
3. Ensure that the labelling of each boundary marker remains legible;
4. Repair or replace damaged boundary markers;
5. Replace missing boundary markers with new ones;
6. Where the State frontier is insufficiently clear, place additional boundary markers;
7. Where necessary or advisable, change direct State frontier marking to indirect marking and vice versa;
8. Put markers prone to damage in a safer place;
9. Mark the line of the State frontier on bridges, in tunnels and in places where the frontier intersects railway bridges and roads, as well as, where necessary, in mines and in other buildings and appurtenances.

(3) The Commission shall have no authority to alter the line of the State frontier.

Article 20

(1) The Commission shall consist of one representative of the Republic of Austria and one representative of the Federal Republic of Germany. Each State Party may appoint other delegates. The total number of members of each delegation shall not exceed seven. Each State Party shall inform the other State Party of its representative and the latter’s deputy as well as any other delegates and their alternates. If necessary, experts and support staff may be called upon by each delegation.

(2) The two representatives may communicate directly with each other.

(3) Each State Party shall bear the costs of its delegation, including the costs of experts and assistants retained by it. All other costs related to the activities of the Commission shall, unless this Agreement provides otherwise or the Commission otherwise decides, be borne by the States Parties equally.

Article 21

(1) The Commission shall make its decisions in the form of resolutions. A resolution shall require the agreement of both representatives. The Commission's decisions shall be binding as soon as the representatives have stated in writing that each State's internal requirements have been met. That statement shall be made within two months.

(2) If the Commission cannot agree, it shall report to the Governments of the States Parties setting out the facts and the divergent views. The States Parties shall strive to resolve disputed matters by consensus.

Article 22

In performing its duties, the Commission shall form joint technical groups, whose number and membership shall be in line with the scope and nature of the work to be done. Each State shall have an equal number of members in the said groups.

Article 23

(1) The Commission shall determine the work plan and the manner in which the State frontier is to be surveyed and demarcated; it shall also make the decisions referred to in article 8(3).

(2) The Commission may where necessary authorize variances from the specifications of the boundary documentation regarding the shape, size or composition of boundary markers.

Article 24

(1) In the event of an extension, modification or renewal of the demarcation of the State frontier, or where erroneous survey results are detected, records shall be made thereof in duplicate, including field sketches if necessary.

(2) The joint technical groups' records and field sketches shall be subject to approval by the Commission.

(3) At the conclusion of each periodic inspection of the boundary markers, the Commission shall make suitable summary records of any such measures as are referred to in paragraph 1 and of the geodetic redefinition of undemarcated points of the State frontier. The same applies to any such measures and redefinitions taken between 1 May 1969 and the entry into force of this Treaty.

(4) As regards the preparation and reproduction of the additional field sketches, as well as the Commission's activities under paragraph 3, articles 8(2) and 8(3) shall apply accordingly.

Article 25

(1) The Commission shall hold meetings or perform boundary surveys as its own discretion or when so requested through the diplomatic channel by one of the States Parties.

(2) Except as otherwise agreed, the Commission shall meet alternately in the territory of each of the States Parties.

Article 26

(1) The meetings shall be chaired by the authorized representative of the State Party in whose territory they are held. Boundary surveys shall be conducted jointly by the authorized representatives.

(2) Minutes shall be kept, in duplicate, of each meeting and each boundary inspection and shall be signed by the authorized representatives.

Article 27

The persons referred to in articles 8 and 20 may freely inspect and cross the State frontier at every point insofar as is necessary in the performance of their duties. They must provide proof upon request in the form of a photo identification card or, if they have none, a valid passport or identity card carried on their person. They must also carry written instructions from their department and show them upon request.

Article 28

Where the Commission's duties are performed in mines, it shall obey the orders of the mine superintendent in compliance with the instructions and ordinances of the mining inspectorate. The duties of surveyors, survey support staff and labourers shall be performed only by persons trained in the particular hazards involved in their duties or area of operations in mining and how to guard against them. In places where hazardous dust is present, any person employed over a period of days shall have been declared fit for such duty by a doctor familiar with working conditions in mines. Only used such materials, equipment and vehicles shall be used as are suitable for use in mining. Before any tasks are performed in mines, the competent mining authority is to be notified.

SECTION V. FINAL PROVISIONS

Article 29

The plans for the boundary documentation referred to in article 2(2) shall be developed by the Commission. In this context, a balance of mutual services is desirable.

Article 30

(1) Materials brought out of the customs territory of either State Party into the territory of the other State Party and used for work under this Treaty shall be exempt from import and export duties. Any unused material shall be returned to the customs territory of the State Party whence it came.

(2) Provided they are re-exported, the following are exempt from import and export levies and from payment of a security deposit: vehicles, tools, equipment, instruments, apparatus, machines and the like that are brought out of the customs territory of either State Party into the customs territory of the other State Party for work under this Treaty. Such items shall, no later than one month after completion of the work, be returned to the customs territory of the State Party whence they came. For items not returned, duties are payable, except where unreturned items have been used up or destroyed.

(3) Import and export levies, for the purposes of this Treaty, shall mean import and export duties and all other taxes and fees due in connection with the import and export of goods, but not fees for special services. Any other charges collected on goods imported or exported shall be treated as import and export levies. Motor vehicle tax, transport tax and road haulage tax are not import and export levies.

(4) The goods mentioned in paragraphs 1 and 2 that are used under this Treaty shall be exempt from import and export prohibitions and restrictions.

(5) The States Parties covenant with each other that all customs facilitation measures allowable under their domestic law for the import, export and transit of goods required for the works under this Treaty shall be provided. Official customs findings shall be issued only if that is necessary for customs control purposes.

Article 31

(1) If, for purposes of prospecting or extraction of mineral resources, work is done within a 50-meter strip on either side of the State frontier, or oil or gas reservoirs are developed or operated within a 2-kilometer strip on either side of the State frontier, the States Parties shall jointly take any measures that may be needful, in the event of further prospecting or extraction activities, to secure the course of the State frontier.

(2) Paragraph 1 shall not apply to work done in the context of the operation of the salt mine located in the Saalach – Scheibelberg boundary segment at Dürrnberg (articles 14 and 15 of the Salt Treaty of 18 March 1829 as cited in the Agreement of 25 March 1957 between the Republic of Austria and the Free State of Bavaria). The Hallein salt mine administration shall inform the Commission of any such work in a timely in a timely manner.

Article 32

(1) Any disputes concerning the interpretation or application of this Treaty shall be resolved by the Governments of the States Parties.

(2) Should any disagreement not be resolved in that manner, it shall be submitted to an arbitral tribunal at the request of either State Party.

(3) The arbitral tribunal shall be established on a case-by-case basis, each State Party appointing one member and the two members agreeing on a citizen of a third State as the third arbitrator, who shall be appointed by the Governments of the States Parties. The members are to be appointed within two months and the third arbitrator within three months after either State Party has informed the other that it wishes to submit the dispute to arbitration.

(4) If the timeframes specified in paragraph 3 are not respected, either State Party may ask the President of the European Court of Human Rights to make the necessary appointments in the absence of any other agreement. If the President is a national of one of the States Parties or is prevented from acting for any other reason, his or her vice-president shall make the appointments. If the Vice-President too is a national of one of the States Parties, or is also prevented from acting, the next most senior member of the Court who is not a national of either State Party shall make the appointments.

(5) The arbitral tribunal shall decide by majority vote. Its decisions are binding. Each State Party shall bear the costs incurred by the arbitrator of its own appointment and for its representation during proceedings before the arbitral tribunal; the costs incurred by the third arbitrator and all additional costs shall be borne by the States Parties equally. On all other points, the arbitral tribunal will order its own proceedings.

(6) The courts of the States Parties shall afford the arbitral tribunal, at its request, judicial assistance regarding the summoning and examination of witnesses and experts, in accordance with the applicable agreements on judicial assistance in civil and commercial matters between the States Parties.

Article 33

Sections I and V, with the exception of articles 29, 30 and 31, are non-terminable. The remaining provisions may be terminated after the expiration of ten years from the date of the Treaty, with a notice period of two years.

Article 34

(1) With the entry into force of this Treaty, conflicting provisions of older treaties, in particular:

1. The Austro-Bavarian Treaty of 30 September 1818 on the readjustment of the frontiers between Austria and Bavaria;

2. The Austro-Bavarian Treaty of 24 December 1820 on the line of the river boundaries in the Saale (now the Saalach) and the Salzach;

3. The Austro-Bavarian Frontier Rectification Treaty of 30 January 1844 and the Final Protocol of 16 September 1909 to the Supplementary Agreement dated 15 May 1909;

4. The Austro-Bavarian State Treaty of 2 December 1851 on certain territorial and boundary matters;

5. The Austro-Bavarian Governmental Agreement of 10 September 1858 on the regulation and treatment of the Inn River from its confluence with the Salzach at Rothenbuch to its outlet into the Danube near Passau; shall cease to have effect.

(2) The States Parties agree that—subject to articles 3 and 4—the boundary documentation referred to in article 2(1) shall not result in any alteration of the State frontier in effect as of the entry into force of this Treaty. Should the said boundary documentation reveal deviations from the State frontier in effect as of the entry into force of this Treaty, the States Parties shall enter into negotiations aimed at amending the boundary documentation.

Article 35

This Treaty shall also apply to Berlin, unless a declaration to the contrary is made by the Government of the Federal Republic of Germany to the Government of the Republic of Austria within three months of the entry into force of the Treaty.

Article 36

(1) This Treaty is subject to ratification. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible at Bonn.

(2) This Treaty shall enter into force on the first day of the third calendar month following the exchange of the instruments of ratification.

IN WITNESS WHEREOF, the above-mentioned Plenipotentiaries have signed this Treaty and have affixed their seals.

DONE at Vienna on 29 February 1972, in duplicate, in the German language.

For the Republic of Austria:
RUDOLF KIRCHSCHLÄGER

For the Federal Republic of Germany:
SCHIRMER

[TRANSLATION – TRADUCTION]

TRAITE ENTRE LA REPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA REPUBLIQUE
FEDERALE D'ALLEMAGNE SUR LA FRONTIERE COMMUNE
ENTRE LES DEUX ÉTATS

Le Président fédéral de la République d'Autriche et le Président de la République fédérale d'Allemagne,

Animés du désir de maintenir visible la frontière entre les deux États et de régler ainsi les questions qui s'y rapportent ont à cette fin décidé de conclure un Traité.

Ils ont désigné les plénipotentiaires suivants :

Le président fédéral de la République d'Autriche : M. Rudolf Kirschläger, Ministre fédéral des affaires étrangères,

Le Président de la République fédérale d'Allemagne : M. Hans Schirmer, Ambassadeur, lesquels, après avoir échangé leurs pouvoirs de représentation reconnus en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit :

TITRE I. TRACE DE LA FRONTIERE

Article premier

(1) La frontière nationale séparant la République d'Autriche et la République fédérale d'Allemagne est divisée en huit secteurs frontaliers se présentant comme suit :

Secteur frontalier « Dreieckmark – point de confluence du Dandlbach » :

Section I : du point formant frontière entre les trois pays juste après Plöckenstein (Dreieckmark) jusqu'à la ligne de partage des eaux près de Hinterschiffel/Kohlstatt;

Section II : depuis la ligne de partage des eaux près de Hinterschiffel/Kohlstatt jusqu'au point de confluence où l'Osterbach se jette dans le Ranna près d'Oberkappel;

Section III : depuis le point de confluence où l'Osterbach se jette dans le Ranna près d'Oberkappel jusqu'au point de confluence où le Dandlbach se jette dans le Danube;

Secteur frontalier « Danube » :

Depuis le point de confluence où le Dandlbach se jette dans le Danube en remontant le Danube jusqu'à Kräutelstein sur le Danube;

Secteur frontalier « Innwinkel » :

Depuis Kräutelstein sur le Danube en passant par Haibach jusqu'à Bergkeller sur l'Inn;

Secteur frontalier « Inn » :

De Bergkeller sur l'Inn en remontant l'Inn jusqu'au point de confluence où le Salzach se jette dans l'Inn;

Secteur frontalier « Salzach » :

Depuis le point de confluence où le Salzach se jette dans l’Inn en remontant l’Inn jusqu’au point de confluence où le Saalach se jette dans le Salzach;

Secteur frontalier « Saalach » :

Depuis le point de confluence où le Saalach se jette dans le Salzach en remontant le Saalach jusqu’à l’intersection de la ligne droite entre les bornes frontières B 1 et KKÖG 1;

Secteur frontalier « Saalach – Scheibelberg » :

Depuis cette intersection jusqu’à Scheibelberg;

Secteur frontalier « Scheibelberg – lac de Constance » :

Section I : de Scheibelberg jusqu’à la ligne de rive émergée de l’Inn sur la route Kufstein – Kiefersfelden;

Section II : de cette rive jusqu’au milieu du Lech à Entenstein;

Section III : de ce point dans le Lech jusqu’au point de confluence où le Leiblach se jette dans le lac de Constance.

(2) La frontière d’État traversant le lac de Constance n’est pas concernée par le présent Traité.

Article 2¹

(1) Le tracé de la frontière d’État est déterminé :

1. Dans le secteur frontalier « Danube », par la description de la frontière d’État avec les coordonnées indiquées dans le relevé (annexe 1) et la carte frontalière à l’échelle 1 : 2500 (annexe 2 – carte en dix feuillets);

2. Dans le secteur frontalier « Innwinkel », par la description de la frontière d’État avec les coordonnées indiquées dans le relevé (annexe 3) et la carte frontalière à l’échelle 1 : 1000 (annexe 4 – carte en quatorze feuillets);

3. Dans le secteur frontalier « Inn », par la description de la frontière d’État avec les coordonnées indiquées dans le relevé (annexe 5) et la carte frontalière à l’échelle 1 : 10 000 (annexe 6 – carte en neuf feuillets);

4. Dans le secteur frontalier « Salzach » :

- a) Depuis le point de confluence où le Salzach se jette dans l’Inn en remontant le Salzach jusqu’à la double borne indicatrice frontalière n° 45, par la description de la frontière d’État selon les coordonnées indiquées dans le relevé (annexe 7) et la carte frontalière à l’échelle 1 : 5000 (annexe 8 – carte en quatre feuillets);
- b) Depuis la double borne indicatrice frontalière n° 45 jusqu’à la borne n° 44, par le milieu du cours d’eau;
- c) Depuis la double borne indicatrice frontalière n° 44 jusqu’au point de confluence avec le Saalach, par le milieu du lit du fleuve régularisé;

¹ Pour les cartes et les annexes reproduites uniquement dans la langue authentique allemande, voir hors-texte le CD-Rom dans une pochette à la fin du présent volume.

5. Dans le secteur frontalier « Saalach », par la description de la frontière d'État avec les coordonnées indiquées dans le relevé (annexe 9) et la carte frontalière à l'échelle 1 : 2500 (annexe 10 – carte en neuf feuillets);

6. Dans le secteur frontalier « Saalach – Scheibelberg », par la description de la frontière d'État avec les coordonnées indiquées dans le relevé (annexe 11) et la carte frontalière à l'échelle 1 : 5000 (annexe 12 – carte en cinquante-quatre feuillets);

(2) Les États parties prévoient :

1. Pour le secteur frontalier « Dreieckmark – point de confluence du Dandlbach », de remplacer la règle applicable concernant le tracé de la frontière d'État par un nouveau Traité auquel doit être joint un instrumentaire frontalier devant encore être établi pour ce secteur;

2. Pour les parties du secteur frontalier « Salzach », d'établir de commun accord un instrumentaire frontalier depuis la double borne indicatrice frontalière n° 45 jusqu'à la borne n° 44 et de là, jusqu'au point de confluence du Saalach;

3. Pour le secteur frontalier « Scheibelberg – lac de Constance », renouveler de commun accord l'instrumentaire frontalier existant;

(3) Les descriptions de la frontière d'État mentionnées au paragraphe 1 avec les coordonnées indiquées dans le relevé et les cartes frontalières ayant dû être établies en fonction du tracé de la frontière existant font, en tant qu'instrumentaire frontalier, partie intégrante du présent Traité.

Article 3

(1) L'expression « milieu du cours d'eau » au sens de l'article 2, paragraphe 1, point 4, alinéa b) et de l'article 4, paragraphe 3, phrase 1 s'entend d'une ligne continue équilibrée équidistante des deux bords de rive du cours d'eau et dans les ramifications de celui-ci équidistante des deux bords de rive du bras principal. Par bras principal, on entend le bras du cours d'eau présentant le débit le plus élevé à moyennes eaux. Si le bord d'une rive non régularisée n'est pas reconnu comme étant sûr, le bord de la rive correspond à la ligne délimitant les terres de la rive occupées par une végétation permanente. En l'absence de végétation permanente, le bord de la rive correspond à ligne de mouillage à moyennes eaux. Si cette ligne n'est pas elle non plus apparente, le bord de la rive est déterminé en fonction d'autres éléments naturels caractéristiques (le talus de la rive, le pied du versant ou leur équivalent). Si l'une des deux rives seulement est régularisée, le bord de la rive longeant un fleuve régularisé est censé être la hauteur horizontale du bord de la rive non régularisée. Si les rives sont régularisées des deux côtés, les bords supérieurs ouvrés des rives du côté du fleuve sont considérés comme les bords de la rive.

(2) L'expression « milieu du lit du fleuve régularisé » au sens de l'article 2, paragraphe 1, point 4, alinéa c) désigne une ligne continue équilibrée équidistante des bords supérieurs ouvrés des rives du côté du fleuve.

Article 4

(1) Dans les secteurs frontaliers « Danube », « Inn » et dans la partie du secteur frontalier « Salzach », ainsi que dans le secteur frontalier « Saalach » mentionnés à l'article 2, paragraphe 1, point 4, alinéa a), la frontière d'État est fixe et est définitivement déterminée par les schémas et descriptions figurant dans les instrumentaires frontaliers sans tenir compte des modifications ultérieures apportées par les eaux. Il en va de même pour la frontière d'État dans les secteurs frontaliers « Innwinkel » et « Saalach – Scheibelberg » dans la mesure où son tracé passe à ces endroits-là dans les eaux.

(2) Dans la partie du secteur frontalier « Salzach » comprise entre la double borne indicatrice frontalière n° 44 et le point de confluence du Saalach, la frontière d'État est fixe sans qu'il soit tenu compte des modifications ultérieures des bords ouvragés définitifs suivant le paragraphe 2 de l'article 3.

(3) Dans la mesure où la frontière d'État dans les secteurs frontaliers « Dreieckmark – point de confluence du Dandlbach » et « Scheibelberg – lac de Constance » est déterminée par le milieu d'un cours d'eau, elle suit le cours d'eau en cas de modifications naturelles progressives de ce dernier. Il en va de même pour la partie du secteur frontalier « Salzach » entre les doubles bornes indicatrices frontalières n^{os} 45 et 44.

Article 5

(1) Les territoires nationaux des deux États parties situés tant à la surface de la terre qu'à la verticale dans les airs et sous la surface de la terre sont délimités entre eux par la frontière d'État.

(2) Ce principe s'applique notamment au tracé de la frontière traversant les ouvrages et installations de toute nature en surface et sous terre.

Article 6

(1) Pour autant que cela ne soit pas contraire à leurs intérêts essentiels en matière de gestion des eaux, les États parties ont pour obligation de maintenir dans toute la mesure du possible les eaux où passe la frontière d'État dans l'état dans lequel elles se trouvaient au moment de l'entrée en vigueur du présent Traité.

(2) Nonobstant l'obligation visée au paragraphe premier, l'usage commun de ces eaux par les deux États parties n'est pas affecté.

TITRE II. ARPENTAGE ET MARQUAGE DE LA FRONTIERE D'ÉTAT

Article 7

En procédant à un arpentage et à un marquage de la frontière d'État, les États parties s'engagent à veiller à ce que le tracé de la frontière soit toujours clairement visible et reste

protégé. Pour y parvenir, ils s'engagent à assurer l'entretien des bornes frontières conformément au présent Traité et à procéder si nécessaire à leur renouvellement.

Article 8

(1) Pour l'arpentage et le marquage, chaque État partie met à ses frais à disposition les arpenteurs professionnels nécessaires et le personnel auxiliaire qualifié en la matière.

(2) Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 3 et de l'article 9, les États parties mettent à disposition à leurs propres frais la main-d'œuvre encore nécessaire en sus du personnel auxiliaire chargé de l'arpentage, de même que le matériel, les véhicules et l'appareillage (les machines, l'outillage, les appareils géodésiques ou matériel équivalent) :

S'agissant de la République d'Autriche pour :

Le secteur frontalier « Dreieckmark – point de confluence du Dandlbach »;

Le secteur frontalier « Danube » sans la rive gauche du Danube;

La rive droite de l'Inn dans le secteur frontalier « Inn »;

La rive droite du Salzach dans le secteur frontalier « Salzach »;

Le secteur frontalier « Saalach » sans la rive gauche du Saalach;

La partie du secteur frontalier « Saalach – Scheibelberg » située entre le Saalach et le point frontière n° 132/1 (inclus) à hauteur de Hohen Göll et les sections I et II du secteur frontalier « Scheibelberg – lac de Constance »;

S'agissant de la République fédérale d'Allemagne pour :

La rive gauche du Danube dans le secteur frontalier « Danube »;

Le secteur frontalier « Innwinkel »;

Le secteur frontalier « Inn » sans la rive droite de l'Inn;

Le secteur frontalier « Salzach » sans la rive droite du Salzach;

La rive gauche du Saalach dans le secteur frontalier « Saalach »;

La partie du secteur frontalier « Saalach – Scheibelberg » située entre le point frontière n° 132/1 (exclu) à hauteur de Hohen Göll et le Scheibelberg et la section III du secteur frontalier « Scheibelberg – lac de Constance ».

(3) Il peut être dérogé d'un commun accord à la règle du paragraphe 2 si cela s'avère nécessaire pour des raisons d'économie et d'opportunité. Un équilibre entre les charges financières assumées par les deux parties sera en outre le but recherché.

Article 9

(1) Si un ressortissant d'un des deux États parties endommage ou détruit une borne frontière, cet État partie prend à sa charge, quelle que soit la responsabilité éventuelle de l'auteur ou d'un autre tiers, la totalité des frais de remise en état ou de rénovation. Dans la mesure où l'État partie tenu de supporter les frais conformément à la phrase 1 effectue des paiements pour remettre en état ou rénover des bornes frontières, les droits appartenant à

l'autre État partie de se retourner contre l'auteur ou un autre tiers suite à l'endommagement ou à la destruction des bornes frontières lui seront subrogés.

(2) Si des travaux de marquage ou d'arpentage sont nécessaires en raison de travaux de construction, les États parties peuvent se prévaloir de droits à réparation à l'encontre du maître de l'ouvrage dès lors qu'un autre tiers n'a pas pour obligation de prendre en interne les frais à sa charge.

Article 10

(1) Tous les dix ans, les États parties examineront de concert les bornes frontières et feront le nécessaire pour remédier aux défauts constatés.

(2) Le premier examen des bornes frontières mené de concert devra avoir commencé au plus tard deux ans après l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 11

(1) Si la frontière d'État pour être clairement visible l'exige, les mesures d'arpentage et de marquage qui s'imposent seront prises en dehors des contrôles périodiques des bornes frontières menés en commun.

(2) Si un État partie prétend qu'une borne frontière a été déplacée, les États parties examineront l'emplacement de cette borne frontière en dehors également des contrôles périodiques menés en commun et le cas échéant placeront la borne frontière au bon endroit.

(3) Si un cours d'eau dans lequel ou à proximité duquel la frontière d'État passe modifie considérablement son cours, chaque État partie peut exiger que le cours frontalier local dans ce secteur soit de nouveau déterminé et consigné par écrit sous forme de descriptions ou de relevés du terrain.

Article 12

(1) Les propriétaires des terrains, des ouvrages et installations en surface et sous terre situés sur la frontière d'État ou la jouxtant et qui bénéficient d'un droit de jouissance sur ces terrains, ouvrages et installations sont tenus de tolérer les travaux et les mesures d'arpentage et de marquage nécessaires, notamment la pose ou l'installation de bornes frontières ou topographiques.

(2) Les travaux d'arpentage et de marquage s'effectueront en ménageant autant se faire que peut les intérêts publics et privés. Les obligés visés au paragraphe premier doivent annoncer le début des travaux en temps opportun.

(3) Les droits à réparation des dommages occasionnés aux personnes visées au paragraphe premier se fondent sur le droit de l'État partie sur le territoire duquel les terrains, les ouvrages et les installations sont situés. Les droits à réparation exercés à l'encontre de l'autre État partie sont exclus.

Article 13

S'il est nécessaire de renouveler les bornes frontières entre les trois pays à proximité de Plöckenstein (Dreieckmark), les États parties s'efforcent ensemble de trouver un accord avec l'État tiers intéressé.

Article 14

(1) Les points de triangulation et polygonaux nécessaires pour arpenter la frontière d'État doivent être maintenus en bon état par l'État partie sur le territoire duquel ils se trouvent. Si un tel point est situé sur la frontière d'État, la règle de l'article 8 est d'application pour ce qui est de son entretien.

(2) Si un point de triangulation ou polygonal nécessaire pour l'arpentage de la frontière d'État, dont l'entretien ne lui incombe pas, est déterminé pour la première fois par un État partie, le dossier d'arpentage nécessaire pour effectuer l'entretien est mis à la disposition de l'autre État partie.

(3) Les points de triangulation et polygonaux nécessaires pour mener à bien l'arpentage de la frontière d'État doivent être utilisés dans les mêmes proportions par le personnel chargé par les États parties de maintenir la frontière d'État visible.

TITRE III. PROTECTION DES BORNES FRONTIERE ET MAINTIEN DE LEUR VISIBILITE

Article 15

En prenant les mesures adéquates qui s'imposent, les États parties protégeront les bornes frontière, les bornes topographiques et les autres installations servant à identifier la frontière d'État contre les déplacements, les destructions, les dégâts et contre toute utilisation abusive.

Article 16

(1) Les États parties s'engagent à veiller à ce qu'une bande d'un mètre de large des deux côtés de la partie émergée de la frontière d'État et autour de chaque borne frontière placée à proximité de la frontière d'État (marquage indirect) d'un rayon d'un mètre soit laissée libre d'occupation de tous les arbres et buissons; cela vaut également pour les autres plantes réduisant la visibilité des bornes frontière. La présente disposition ne s'applique pas aux forêts appartenant au chemin de fer ni aux bois en défens.

(2) Les autorités compétentes des États parties peuvent admettre dans certains cas des exceptions au paragraphe premier si et aussi longtemps que la visibilité de la frontière d'État n'est pas obstruée. L'autorité compétente de l'autre État partie sera avisée pour avis avant qu'une telle décision ne soit prise; à cet effet, les autorités peuvent prendre contact directement entre elles.

(3) Les propriétaires et autres titulaires d'un droit de jouissance sur les terrains situés sur la frontière d'État ont pour obligation de ne pas empêcher l'accès aux Parties de la zone mentionnée au paragraphe premier.

(4) Les droits à dédommagement qui font suite à des mesures visées au paragraphe premier se fondent sur le droit de l'État partie sur le territoire duquel les terrains sont situés. Les droits à réparation exercés à l'encontre de l'autre État partie sont exclus.

Article 17

(1) Aucune constructions, clôtures ou autres installations ne pourront être érigées à l'avenir dans les parties de la zone visée au paragraphe 1 de l'article 16. Cela ne s'applique pas aux installations destinées à la circulation publique, au dédouanement ou à la surveillance des frontières et servant à des prestations de toute nature qui coupent la frontière d'État dans un rayon compris entre 45° et 135°.

(2) Les autorités compétentes des États parties peuvent, nonobstant la règle du paragraphe 2 de l'article 9, autoriser dans certains cas d'autres mesures que celles visées à la 1ère phrase du paragraphe premier si et aussi longtemps que ces mesures ne réduisent pas la visibilité de la frontière d'État. L'autorité compétente de l'autre État partie consultée avant qu'une telle décision ne soit prise; à cet effet, les autorités peuvent prendre contact directement entre elles.

Article 18

Des bornes délimitant des propriétés ne pourront être érigées à l'avenir sur la frontière d'État. Des bornes délimitant des propriétés contiguës peuvent être installées à condition qu'elles soient placées à 3 mètres minimum par rapport à la frontière d'État.

TITRE IV. COMMISSION FRONTALIERE

Article 19

(1) Aux fins d'exécuter les travaux mentionnés à l'article 7, à l'article 10, paragraphe 1, et à l'article 11, les États parties constituent une Commission frontalière mixte permanente (dénommée ci-après la Commission).

(2) La Commission a notamment pour tâche :

1. De contrôler l'emplacement exact des bornes frontière et le cas échéant de les placer au bon endroit;
2. De redresser ou de rehausser les bornes frontière de guingois ou affaissées dans le sol;
3. De maintenir apparente la dénomination des différentes bornes frontière;
4. De remettre en état ou de renouveler les bornes frontière endommagées;
5. De remplacer les bornes frontière manquantes par des nouvelles;

6. De placer des bornes frontière supplémentaires si le tracé de la frontière d'État n'est pas suffisamment visible;

7. De modifier là où c'est nécessaire ou opportun le marquage direct de la frontière d'État et de le remplacer par un marquage indirect et vice-versa;

8. De déplacer les bornes frontière courant un risque vers des emplacements plus sûrs;

9. De marquer le tracé de la frontière d'État sur les ponts, dans les tunnels et aux endroits où la frontière d'État coupe les ponts de chemin de fer ou les routes et si besoin est, dans les exploitations minières ainsi que dans les autres ouvrages et installations.

(3) La Commission n'a pas le pouvoir de modifier le tracé de la frontière d'État.

Article 20

(1) La Commission se compose d'un plénipotentiaire de la République d'Autriche et d'un plénipotentiaire de la République fédérale d'Allemagne. Chaque État partie peut déléguer d'autres représentants. Le nombre total de membres de chaque délégation ne peut dépasser sept personnes. Chaque État partie fournit à l'autre État contractant le nom de son plénipotentiaire et des représentants de ce dernier ainsi que les noms des autres délégués et des personnes chargées de les remplacer. Si besoin est, chaque délégation peut faire appel à des experts et à des auxiliaires.

(2) Les deux plénipotentiaires sont habilités à prendre contact directement entre eux.

(3) Chaque État partie supporte les frais de sa propre délégation, en ce compris les frais des experts et auxiliaires auxquels il a fait appel. Dans la mesure où le présent Traité n'en dispose pas autrement ou que la Commission n'en ait pas décidé autrement, les autres frais encourus en rapport avec l'activité de la Commission seront supportés pour moitié par les États parties.

Article 21

(1) La Commission prend ses décisions sous forme d'arrêtés. Pour que la Commission puisse statuer valablement, l'accord des deux plénipotentiaires lui est nécessaire. Les arrêtés de la Commission ont force obligatoire dès l'instant où les plénipotentiaires ont déclaré par écrit que les conditions de leur droit interne respectif sont réunies. Cette déclaration doit intervenir dans les deux mois.

(2) Si la Commission ne parvient pas à se mettre d'accord, elle doit en informer les Gouvernements des États parties en exposant les faits et les différents avis. Les États parties s'efforceront alors de régler à l'amiable les questions litigieuses.

Article 22

Pour remplir sa mission, la Commission constitue des groupes techniques mixtes et détermine leur nombre et leur composition en fonction de l'étendue et de la nature des tâches à accomplir. La composition doit être paritaire.

Article 23

(1) La Commission détermine son plan de travail ainsi que la façon dont l'arpentage et le marquage de la frontière d'État devront être effectués; elle prend également ses décisions conformément au paragraphe 3 de l'article 8.

(2) La Commission a, si besoin est, le pouvoir de déroger à ce qui est indiqué dans les instrumentaires frontaliers en matière de forme, de nombre et de matériaux des bornes frontaliers.

Article 24

(1) Chaque ajout, modification ou renouvellement du marquage de la frontière d'État ou chaque constat d'omission de marquage devra être consigné par écrit dans un procès-verbal rédigé deux exemplaires et le cas échéant être accompagné de relevés de terrain.

(2) Les renseignements consignés par écrit ainsi que les relevés de terrain établis par les groupes techniques mixtes requièrent l'approbation de la Commission.

(3) À la fin de chaque contrôle périodique des bornes frontaliers, la Commission se doit de prendre les mesures stipulées au paragraphe premier et en fonction de l'objet recherché, d'établir un récapitulatif des nouvelles coordonnées des points de la frontière d'État dépourvus de marquage ayant été établies. Il en ira de même en ce qui concerne les mesures appliquées et les coordonnées ayant été redéfinies d'un commun accord entre le 1^{er} mai 1969 et l'entrée en vigueur du présent Traité.

(4) Les paragraphes 2 et 3 de l'article 8 sont mutatis mutandis d'application en ce qui concerne l'établissement et la communication des relevés de terrain supplémentaires, ainsi qu'en ce qui concerne l'activité de la Commission dont il est question au paragraphe 3.

Article 25

(1) La Commission se réunit ou organise des visites de la frontière lorsqu'elle le décide ou lorsque l'un des États parties l'exige en avisant l'autre par la voie diplomatique.

(2) À moins qu'il n'en ait été décidé autrement, la Commission se réunit alternativement sur le territoire d'un des États parties.

Article 26

(1) Les réunions sont dirigées par le plénipotentiaire de l'État partie sur le territoire duquel la réunion a lieu. Les visites effectuées sur la frontière sont conduites d'un commun accord par les plénipotentiaires.

(2) Chaque réunion et chaque visite de la frontière sera consignée par écrit dans un procès-verbal établi en deux exemplaires. Ceux-ci seront signés par les plénipotentiaires.

Article 27

Les personnes visées aux articles 8 et 20 peuvent se déplacer librement le long de la frontière entre les deux États et la franchir en tout lieu, et ce dans la mesure où la nécessité s'en fait sentir pour mener à bien leurs activités. Sur demande, elles doivent présenter une pièce d'identité de service munie d'une photo, et à défaut, un passeport de voyage ou une carte d'identité personnelle en cours de validité. Elles doivent en outre être en possession d'un ordre de mission écrit délivré par leur service responsable, ordre de mission qu'elles devront présenter si on le leur demande.

Article 28

Si des tâches conférées à la Commission doivent être accomplies dans des exploitations minières, les instructions données par le directeur d'exploitation de la mine en ce qui concerne le respect du règlement général et les autres dispositions régissant l'exploitation minière devront être observées. Pour ce qui est des arpenteurs professionnels, des auxiliaires spécialisés en arpentage et autres travailleurs, seules des personnes ayant été instruites d'une part des dangers particuliers liés à leur mission ou à leurs activités dans le secteur minier et d'autre part des mesures à prendre pour les éviter pourront être utilisées. Aux endroits et dans les galeries où un dégagement de poussières nuisibles pour la santé peut se produire, seules des personnes reconnues aptes pour la mission confiée et en possession d'une attestation délivrée par un médecin familiarisé avec les conditions de travail dans l'industrie minière pourront être de surcroît utilisées. Seuls des matériaux, des véhicules et un appareillage appropriés pour une utilisation dans l'industrie minière pourront être employés. L'administration minière compétente devra être avisée avant d'entreprendre des missions dans des exploitations minières.

TITRE V. DISPOSITIONS FINALES

Article 29

Les projets d'instrumentaires frontaliers spécifiés au paragraphe 2 de l'article 2 seront formulés par la Commission. Un équilibre entre les charges financières assumées par les deux parties sera en outre recherché.

Article 30

(1) Sont exonérés des droits d'entrée et de sortie les matériaux transportés depuis le territoire douanier d'un État partie vers le territoire douanier de l'autre État partie et employés pour exécuter des travaux entrant dans le cadre du présent Traité. Les matériaux non utilisés doivent être ramenés dans le territoire douanier de l'État partie à partir duquel ils ont été importés.

(2) À condition qu'ils soient réexportés, sont exonérés des droits d'entrée et de sortie et dispensés de la fourniture d'une garantie les véhicules, outillages, dispositifs, ins-

truments, appareils, machines et autres équipements équivalents ayant été transportés depuis le territoire douanier d'un État partie vers le territoire de l'autre État partie pour réaliser des travaux entrant dans le cadre du présent Traité. Ces objets devront être ramenés un mois au plus tard après l'achèvement des travaux dans le territoire douanier de l'État partie à partir duquel ils ont été importés. Des taxes devront être acquittées sur les marchandises qui n'auraient pas été rapatriées, à moins que le rapatriement n'ait pas lieu en raison du fait que les marchandises sont complètement détériorées ou périmées.

(3) Pour les besoins du présent Traité, les droits d'entrée et de sortie s'entendent des droits de douane à l'importation et à l'exportation ainsi que de l'ensemble des autres impôts et taxes dus à l'importation et à l'exportation de marchandises, mais pas des taxes applicables sur les prestations particulières. Les autres charges prélevées à l'importation ou à l'exportation de marchandises sont traitées comme des droits d'entrée et de sortie. La taxe de circulation sur les véhicules automoteurs, l'impôt sur les transports et la taxe sur le transport routier de marchandises ne sont pas considérés comme des droits à l'importation et à l'exportation.

(4) Les marchandises stipulées aux paragraphes 1 et 2 employées dans le cadre du présent Traité sont dispensées des interdictions et restrictions à l'importation et à l'exportation.

(5) Les États parties s'octroient mutuellement l'ensemble des facilités en matière de formalités douanières permises dans le cadre de leurs législations nationales respectives applicables à l'importation, à l'exportation et au transit des marchandises nécessaires pour réaliser les travaux entrant dans le cadre du présent Traité. Les résultats des analyses menées par l'administration douanière ne doivent être produits que dans la mesure seulement où cela s'avère nécessaire pour des raisons de contrôle douanier.

Article 31

(1) Si à des fins d'exploration ou d'extraction de matières premières minérales, des travaux devaient être entrepris dans une bande de 50 mètres située de part et d'autre de la frontière d'État ou des gisements de pétrole ou de gaz devaient être viabilisés ou exploités dans une bande de 2 kilomètres située de part et d'autre de la frontière d'État, les États parties prendraient conjointement les mesures nécessaires pour protéger le tracé de la frontière durant l'exploration ou l'extraction ultérieure.

(2) Le paragraphe premier ne s'applique pas aux travaux réalisés dans le cadre de l'exploitation de la mine de sel de Dürrnberg située dans le secteur frontalier Saalach – Scheibelberg (articles 14 et 15 de la Convention des salines du 18 mars 1829 dans la version de l'Accord conclu entre la République d'Autriche et l'État libre de Bavière du 25 mars 1957). La Commission se doit d'informer en temps utile l'administration de la saline de Hallein de ces travaux.

Article 32

(1) Les différends découlant de l'interprétation et de l'application du présent Traité seront réglés par les Gouvernements des États parties.

(2) Si un différend ne peut être réglé de cette manière, il sera soumis à un tribunal arbitral à la demande de l'un des deux États parties.

(3) Le tribunal arbitral est constitué au cas par cas, chaque État partie nommant un membre et les deux membres désignent d'un commun accord le ressortissant d'un État tiers officiant en tant que président et qui est nommé par les Gouvernements des États parties. Les membres doivent être nommés dans un délai de deux mois et le président dans un délai de trois mois à compter de la date à laquelle un État partie aura fait part à l'autre de son intention de saisir un tribunal arbitral du différend.

(4) Si les délais spécifiés au paragraphe 3 ne sont pas respectés, chaque État partie peut, faute d'un autre accord, demander au Président de la Cour européenne des droits de l'homme de procéder aux nominations nécessaires. Si le Président possède la nationalité d'un des deux États parties ou s'il est empêché pour une autre raison, le Vice-président procède aux nominations. Si le Vice-président possède lui aussi la nationalité d'un des deux États parties ou s'il est également empêché, le membre de la Cour européenne des droits de l'homme occupant le rang suivant et qui ne possède pas la nationalité d'un des deux États parties procède aux nominations.

(5) Le tribunal arbitral statue à la majorité des voix. Ses décisions ont force obligatoire. Chaque État partie supporte les frais de l'arbitre qu'il a nommé ainsi que ceux de la personne qui le représente dans l'action engagée devant le tribunal arbitral; les frais du Président ainsi que les dépenses diverses sont supportés à parts égales par les États parties. Pour le surplus, le tribunal arbitral applique son propre règlement.

(6) Les tribunaux des deux États parties fourniront au tribunal arbitral, à sa requête, l'assistance juridique en matière de citation et d'audition des témoins et des experts en application des conventions d'entraide juridique en matière civile et commerciale.

Article 33

Les titres I et V, à l'exception des articles 29, 30 et 31, sont irrévocables. Les autres dispositions peuvent être dénoncées par écrit à l'expiration d'une période de dix ans après l'entrée en vigueur du Traité moyennant le respect d'un délai de dénonciation d'une durée de deux ans.

Article 34

(1) À l'entrée en vigueur du présent Traité, les dispositions des Traités plus anciens entrant en conflit avec lui, notamment :

1. Le Traité d'État austro-bavarois du 30 septembre 1818 rectifiant les frontières entre l'Autriche et la Bavière;

2. Le Traité austro-bavarois du 24 décembre 1820 concernant la direction des limites immergées des fleuves Saale (maintenant Saalach) et Salzach;

3. Les Traités austro-bavarois rectifiant les frontières du 30 janvier 1844 et le Protocole final du 16 septembre 1909 complétant le Traité du 15 mai 1909;

4. Le Traité d'État austro-bavarois du 2 décembre 1851 relatif à certaines situations territoriales et frontalières;

5. L'Accord intergouvernemental austro-bavarois du 10 septembre 1858 sur la régulation et la gestion de l'Inn par la réunion avec le Salzach à Rothenbuch jusqu'au point de confluence où il se jette dans le Danube à Passau; deviennent caduques.

(2) Les États parties sont d'accord pour que la frontière d'État en vigueur à la prise d'effet du présent Traité ne puisse pas – sous réserve des articles 3 et 4 – être remplacée par les instrumentaires frontaliers spécifiés au paragraphe 1 de l'article 2. Dans la mesure où des différences dans l'un des instrumentaires frontaliers sont constatées par rapport à la frontière d'État en vigueur à la prise d'effet du présent Traité, les États parties engageront des pourparlers ayant pour but de modifier l'instrumentaire frontalier en cause.

Article 35

Le présent Traité s'applique également au Land de Berlin, sauf notification contraire adressée par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République d'Autriche dans les trois mois suivant son entrée en vigueur.

Article 36

(1) Le présent Traité doit être ratifié. Les instruments de ratification seront échangés dès que possible à Bonn.

(2) Le présent Traité entrera en vigueur le premier jour du troisième mois civil qui suit celui où les instruments de ratification auront été échangés.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires mentionnés ci-dessus ont signé le présent Traité et y ont apposé leur sceau.

FAIT à Vienne le 29 février 1972 en deux exemplaires originaux rédigés en langue allemande.

Pour la République d'Autriche :

RUDOLF KIRCHSCHLÄGER

Pour la République fédérale d'Allemagne :

SCHIRMER